Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Begr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags
Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig).
Rotationsdruck und Verlag von Phil. Bastian, Gevelsberg.
Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49.
Fernsprecher Nr. 58 Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg
Postschließfach Nr. 63. Postscheckkonto: Köln 15503

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 1 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) 3 Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 1 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 134 Donnerstag, den 9 Juni 1921. 44. Jahrgang

Zur Regierungsumbildung in Preußen!

Von einem unserer innerpolitischen Mitarbeiter gehen uns folgende Ausführungen zu:

Als im Deutschen Reiche seinerzeit mit dem Regierungsantritt des Kabinetts Fehrenbach die bis dahin mit der in Preußen konforme Regierungskoalition sich änderte, die Sozialdemokraten aus der Regierung ausschieden und an ihre Stelle die Deutsche Volkspartei in die Regierung eintrat, da hielt man es für notwendig, daß auch in Preußen sich die Regierung auf eine gleiche Koalition stütze. Allerdings war man sich von Anfang an bewußt, daß ein Ausscheiden der Sozialdemokratie, aus der Regierung durchaus nicht erwünscht sei und daß die Partei, die sicherlich breite Massen des Volkes, besonders des arbeitenden Volkes vertritt, auch durch ihre Mitverantwortung an den Maßnahmen der Regierung gegenüber dem Volke auftreten müsse. Deshalb ging das Bestreben dahin, die Sozialdemokraten zu einem Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung zu veranlassen. Analog wollte man alsdann auch die Regierung in Preußen umbilden. Es scheiterte jedoch — und das verdient besonders hervorgehoben zu werden — durch die unverständliche Haltung der preußischen Sozialdemokraten. Damals betonten diese preußischen Sozialdemokraten, daß gar kein Grund vorliege, in Preußen wie im Reiche konforme Regierungen zu bilden, und daß es absolut nicht so unbedingt notwendig sei, daß die gleichen Regierungsparteien in Preußen und im Reiche die Verantwortung für die Regierung trügen.

Durch die preußischen Wahlen im Februar dieses Jahres wurde nun das Parlamentsbild wesentlich nach rechts verschoben. Das preußische Ministerium trat auf Grund dieser Wahlen zurück und nun begann der bekannte, langandauernde innerpolitische Kampf um die Bildung der Regierung mit allen seinen parlamentarischen wie politischen unangenehmen Nebenerscheinungen. Nach dem Ausgang dieser Wahl hatte die Rechte gewisses Anrecht darauf, bei der Bildung der Regierung berücksichtigt zu werden. Die Sozialdemokraten sträubten sich aber noch immer und legten sich durch ihren Beschluß, nicht mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung zusammenarbeiten zu wollen, leider zu frühzeitig und einseitig fest. Auch die einsichtigeren sozialdemokratischen Führer konnten diesen Beschluß, so sehr sie sich bemühten, nicht umstoßen. Die Bemühungen des Ministerpräsidenten Stegerwald, ein Kabinett von Sozialdemokraten bis Deutsche Volkspartei einschließlich zu bilden, scheiterte dann an dem ständigen Widerstande sozialdemokratischer Führer und einzelner sozialdemokratischer Gruppen, bis es im hin- und herwogenden Kampf schließlich gewissermaßen zum Druck auch zwischen Sozialdemokratie und dem Zentrum in Preußen kam. Die Schuld hierfür tragen — das muß aber nochmals hervorgehoben werden — lediglich einige Hetzsporne auf sozialdemokratischer Seite, die das Vorgehen und auch das Verhalten der gesamten Zentrumspartei gegenüber der Sozialdemokratie zu verdächtigen versuchten. Der neue preußische Ministerpräsident Stegerwald hatte sich alle Mühe gegeben, die Sozialdemokratie in sein Kabinett hineinzubeziehen. Er war von Anfang seiner Kabinettsbildung an auf den politisch einzig möglichen und verständlichen Boden getreten, d. h. also, ihn durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei auch nach rechts hin zu erweitern, aber auf der anderen Seite nicht ohne Sozialdemokraten eine Regierung zu bilden, weil auch er von Anfang betonte, daß ihre Vertretung in der Regierung und ihre Mitarbeit unumgänglich notwendig sei. Nun kam mit dem Rücktritt des Kabinetts Fehrenbach eine neue Situation dadurch, daß die Deutsche Volkspartei wieder aus der Reichsregierung ausschied, und an ihre Stelle die Sozialdemokraten einsprangen. Noch bevor sich die Zusammensetzung des neuen Kabinetts Wirth vollständig überblicken ließ, traten nun die preußischen Sozialdemokraten sofort mit der Forderung auf, nunmehr auch analog der Reichsregierung das preußische Kabinett umzubilden, d. h. also die Sozialdemokratie in Preußen wieder in die Regierung hineinzubeziehen, und sie stellen auch sofort wieder weitgehende Forderungen bezüglich der einzelnen Portefeuilles, die unter keinen Umständen so ohne weiteres bewilligt werden konnten.

Das Merkwürdige bei diesem Vorgehen der Sozialdemokraten beruht nun vor allem darin, daß sie entgegen ihrem früheren Standpunkt, Reichsregierung und preußische Regierung brauchten nicht konform zu sein, nun plötzlich, nachdem sie im Reiche von neuem an der Regierung beteiligt sind, auch in Preußen eine solche Beteiligung verlangen, also auf eine konforme Regierung unter Verleugnung ihrer früheren Haltung drängen. Demgegenüber hatte Ministerpräsident Stegerwald schon vor den Pfingstferien kein Hehl gemacht, daß auch er eine Regierungsumbildung für erwünscht und notwendig erachte. Diesen seinen Standpunkt hat er auf das erneute Drängen der Sozialdemokraten in der Montagsdebatte des preußischen Abgeordnetenhauses nochmals vertreten und ausdrücklich begründet. Er hat aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß gerade im Hinblick auf die augenblickliche preußische Finanzlage wie des gesamten Reiches, die tief in das Wirtschaftsleben der ganzen Bevölkerung eingreift und besonders nach Annahme des Ultimatums von jeder Bevölkerungsschicht und jedem Stande Opfer fordert, es wünschenswert sei, daß diese Regierung auf eine möglichst breite Grundlage gestellt werde. Eine abermalige Ministerkrisis — das lag in den Worten des preußischen Ministerpräsidenten —, die von unabsehbarer Dauer sei, müsse aber unter allen Umständen vermieden werden. Deshalb hält Stegerwald nach wie vor eine Regierung auf breiter Basis für notwendig, ist aber seinerseits der Ansicht, daß zunächst, um neue innerpolitische Kämpfe zu vermeiden, die Mehrheit der Parteien sich darüber verständigen muß, auf welcher Basis eine Regierung entwickelt werden soll und wer Ministerpräsident werden soll. Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, hält er seine Mission und sein Uebergangsministerium für erledigt. Es ist also somit nunmehr in die Hand der Parteien gelegt, sich zunächst einmal unter sich zu verständigen, bevor der gesamten Mit- und Umwelt wieder das wenig schöne politische Schauspiel eines Gezänks um die einzelnen Ministerposten und die gesamte Bildung des preußischen Kabinetts gegeben wird. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man das Vorgehen und die Haltung Stegerwalds nur billigen.

Wie die Parteiverhältnisse nun einmal in Preußen wie im Deutschen Reiche liegen, geht es nicht an, die Deutsche Volkspartei dauernd von der Mitarbeit und der Mitverantwortung auszuschließen oder, wie das zurzeit im Reiche geschieht, sich selbst ausschließen zu lassen. Aber bis es soweit kommt, daß sich die wahre Einsicht vom Parlamentarismus in Deutschland wirklich durchgerungen hat, darüber dürfte leider noch manche Zeit vergehen.

Die Entwaffnung des 100 000 Mann-Heeres.

Die Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen, wie sie sich aus der Annahme des Londoner Ultimatums ergab, ist bei den Truppenteilen und Kommandobehörden in vollem Gange. Alle fahrbereiten Transporte mit abzuliefernden Waffen, Geräten und Ausrüstungsgegenständen werden der Interalliierten Kontrollkommission gemeldet, die dann den Abtransport verfügt. Es wird den Truppenteilen und Kommandobehörden an Personal, Bekleidung, Bewaffnung und Ausrüstung alles das genommen, was Deutschland irgendwie befähigen könnte, in kurzer Zeit eine stärkere Wehrmacht, als das ihm zugestandene 100 000-Mann-Heer aufzustellen. Bei den Kavallerie-Divisionsstäben werden die dort eingeteilten Generalmajorstellen, bei den Regimentsstäben der Infanterie, Kavallerie und Artillerie die Stellen der Oberleutnants und eines Majors bis Stabe gestrichen. Die Zahl der beim Reichswehrministerium befindlichen Offiziere und Beamten wird auf die vorgeschriebene Zahl von 300 herabgesetzt. Bis 15. Juni ist mit einer starken Verschiebung von Offizieren und Beamten innerhalb der Reichswehr zu rechnen. Dabei werden auch erneut

Entlassungen von Offizieren

notwendig werden. Die Bekleidung und Ausrüstung des Heeres muß bis auf zwei Garnituren pro Mann restlos abgegeben werden. Für die Pferde der Kavallerie und Artillerie ist nur eine Reit- bezw. Fahrt-Ausrüstung zugestanden. Was darüber vorhanden ist, muß ebenso wie überzählige Fahrzeuge abgeliefert werden. Auch die

Entwaffnung der Offestungen

ist im Gange. Es handelt sich noch um die Festungen Königsberg, Küstrin und Cöln. Vom 15. Juni ab wird Königsberg nur noch die geradezu lächerliche Zahl von 20, Pillau 35 und Swinemünde 32 Kanonen besitzen. Wo Verbandsoffiziere bei Truppenteilen und Kommandobehörden erscheinen, wird ihnen auf alle Fragen bereitwilligst Antwort gegeben. Am eifrigsten sind die Franzosen bei der Arbeit, während die Engländer zurückhaltender sind.

Die Knebelung der deutschen Luftfahrt.

Die feindliche Botschafter-Konferenz hat dem Obersten Rat einen Kontrollbericht über die deutsche Luftfahrt zugestellt und ihm gleichzeitig die deutsche Denkschrift übermittelt. Sie verlangt, diese Fragen zu regeln, da sie einen Programmpunkt der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates bilden können. Die interalliierten Sachverständigen sind zu folgendem Vorschlag gekommen:

1. Die Interalliierte Kontroll-Kommission wird in regelmäßigen Zeitabschnitten die deutschen Flugzeugwerke mit Ausnahme der beschlagnahmten inspizieren.

2. Die Handelsflugzeuge sollen derart umgebaut werden, daß sie nur ein bestimmtes Warengewicht tragen können. Diese Maßnahme soll verhüten, daß die Flugzeuge eines Tages große Mengen von Sprengstoffen mit sich führen können.

3. Die deutschen Flugzeuge sollen so gebaut werden dürfen, daß sie eine gewisse Stundengeschwindigkeit nicht überschreiten können. Die Flugzeuge mit geringer Geschwindigkeit wären für den Krieg nicht zu gebrauchen, da sie eine leichte Beute der schnelleren Flugzeuge der Alliierten wären.

Der Kanzler über Deutschlands Wirtschaft.

Im Reichswirtschaftsrat erklärte Mittwoch Reichskanzler Dr. **Wirth:**

In der oberschlesischen Frage haben wir versucht, das Verhältnis der Deutschen zu der Verbandskommission und zu den Polen auf dem Boden der Verständigung zu lösen, ohne daß die Waffen im Bürgerkriege das letzte Wort zu sprechen haben und ohne daß ein allgemeiner Widerhall in Europa entsteht. Nun handelt es sich nur darum, daß wir in der oberschlesischen Frage

nicht die Nerven verlieren.

Es können dort Störungen eintreten und sind eingetreten. Aber darüber ist sich doch die Welt klar, daß das deutsche Volk in Oberschlesien und der Selbstschutz eine Engelsgeduld an den Tag gelegt haben, die die ganze Welt selbst schwer verstehen kann. Diese Geduld machen wir ihnen auch fernerhin zur Pflicht, daß sie ausharren, bis durch einen Schiedspruch der verbündeten Mächte die oberschlesische Frage entschieden wird. Das wird der Prüfstein für die demokratische Entwicklung Europas sein, ob das Recht des oberschlesischen Volkes Gehör finden wird und es muß Gehör finden.

Die jetzige Regierung wird erfüllen, was in ihren Kräften steht. Allein das Leistungsprinzip kann die Welt von dem guten Willen des deutschen Volkes überzeugen, alles aufzubieten, was in seinen Kräften steht. Dazu brauche ich Ihre Mitarbeit. Davon hat sich die Welt schon heute überzeugt, daß die Form, in der die 26prozentige Ausfuhrabgabe getätigt werden soll, nicht Rücksicht nimmt auf die Belebung der deutschen Wirtschaft. Die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft sind auch Schwierigkeiten für die europäische und die gesamte Weltwirtschaft. Wir müssen innere Leistungen vollbringen zur Erfüllung der Wiederherstellungsaufgabe. Das ist die gigantischste Aufgabe, die die Welt je gesehen hat. Schauen Sie heute die Steuereingänge an. Niemand hätte geglaubt, daß wir in einer so verhältnismäßig kurzer Zeit weit über 40 Milliarden Mark im Geschäftsjahre 1920 aufgebracht haben. Politik ist der Weg des Optimismus, der Weg des Mutes, der die Dinge angreift.

Steuern, Steuern.

Die **Zucker- und Süßstoffsteuer** liegt beim Reichsrat. Die **Branntweinsteuer** ist bereits in allen Ausschüssen durchberaten worden und wird dem Reichstag schon in den nächsten Tagen zur Beurteilung vorgelegt werden. **Die Kapitalverkehrsteuer** ist im Finanzministerium fertig und dieses wird Ihnen die Vorlage in den nächsten Tagen zur Beurteilung zugehen lassen. Die **Getränkesteuer** ist auch vorbereitet, dasselbe ist der Fall bei der **Umsatzsteuer**, die auch in wenigen Tagen in der Beratung soweit vorgeschritten sein wird, daß mit Ihren Ausschüssen Fühlung genommen werden kann. Unsere Politik ist nicht ganz ohne Erfolg, denn die Entspannung der Welt ist ein außerordentlicher Erfolg gewesen. Alle Kreise des Volkes müssen sich darüber klar sein, daß ohne Opfer ein Weg zur Freiheit für das gesamte deutsche Volk nicht gefunden werden kann. Nicht der Gedanke der Schlachtfelder und neuer Kämpfe weist den Deutschen Ziel und Weg, sondern durch

Arbeit und Produktion

kann die Freiheit dem Vaterlande wiedergewonnen werden.

Die Deutschen müssen, aber die Polen dürfen.

Von der anspruchsvollen, gänzlich ungerechten, ja sogar parteilichen Haltung der Interalliierten Kommission in Oppeln, d. h. vor allem ihres Vorsitzenden Generals Le Rond, ist schon wiederholt hier die Rede gewesen. Die Deutschen müssen alles, aber die Polen dürfen alles, das ist der Grundsatz, nach dem General Le Rond verfährt. Nirgendwo wird dem Vordringen und den Gewaltmaßnahmen der polnischen Aufrührer ein energisches Halt geboten. Und trotz der vielen Versprechungen von der Seite der Interalliierten Kommission an die deutsche Bevölkerung dringen die Polen immer weiter vor. Die französische Besatzung läßt sich gern und willig kampflos verdrängen! Sie sieht zu, wie die deutschen Behörden vergewaltigt werden. Die Polen dürfen bis an die Zähne bewaffnet umherziehen und umherstehen und kein Franzose nimmt daran Anstoß. Zeigt sich aber irgendwo die deutsche Bevölkerung in Not getrieben gewillt, sich gegenüber politischem Terror zur Wehr zu setzen, dann schreitet sofort die französische Besatzung und General Le Rond ein.

Der deutsche Selbstschutz hatte als Gegenmaßnahme gegen die jüngsten Angriffe der polnischen Aufrührer in der Gegend von Kandrzin eine Gegenaktion unternommen und die Stadt Kandrzin besetzt. Darauf war nun sofort ein Ultimatum der Interalliierten Kommission an den Führer der Deutschen, General Höfer, gesandt worden, sich wieder auf die alte Linie zurückzuziehen, d. h. also mit anderen Worten, die deutsche Bevölkerung dort erneut den Polen auszuliefern. Denn was es heißt, daß die Kommission den Aufrührern umfangreiche Waffenlager, diese Stellen wieder zu besetzen, das hat man oft erlebt, wenn die Polen unter Mißachtung gegen alle Drohungen und Verlautbarungen der Interalliierten Kommission handelten und tatsächlich ungestraft handeln durften. Aber General Le Rond geht diesmal noch weiter, indem er den deutschen Oberschlesiern, die doch weiter nichts taten, als in gerechter und erlaubter Notwehr ihr Eigentum, ihr Leben und das ihrer Angehörigen zu schützen, androht, die alliierten Truppen aus dem Industriebezirk zurückzuziehen, wenn sie seinem Ultimatum nicht sofort Folge leisteten. General Höfer, der Führer des deutschen Selbstschutzes, hat gegenüber der Forderung Le Ronds mit Recht erklärt, daß er nicht die Macht habe, die Selbstschutz-Verbände aus den Ortschaften, deren Schutz sie übernahmen, zurückzurufen, zumal er nach den bisherigen Erfahrungen nicht die geringste Gewähr dafür leisten könne, daß tatsächlich in den geräumten Gebieten deutsches Leben und Eigentum beschützt blieben. Er beruft sich von neuem auf das Recht der Oberschlesier, sich und ihr Land selbst zu schützen, solange die Interalliierte Kommission dazu außerstande sei, ein Recht, was auch vor dem englischen Parlament feierlichst anerkannt worden sei. Die Haltung General Höfers findet zweifellos die rückhaltlose Zustimmung aller deutschen Parteien und Kreise Oberschlesiens. Bisher hat die Interalliierte Kommission tatsächlich nichts getan, um das Los der Deutschen zu erleichtern. Der so sehr ersehnte englische Vormarsch ist nach kurzer Zeit wieder zum Stocken gekommen, da auch der neue englische General Hennicker, wie er ausdrücklich betonte, nur ausführendes Organ der Interalliierten Kommission ist.

Der deutsche Selbstschutz ist lediglich eine in der Notzeit entstandene Organisation, die den deutschen Oberschlesiern als Notwehr gegen drohende Gefahr dienen soll. Aber dieses ist ihnen lt. einer Willenskundgebung Le Monds nicht gestattet. Die Deutschen müssen eben alles, ob sie dabei zugrunde gehen oder nicht, und die Polen dürfen alles!

Hennickers Zusicherung.

Ueber das Ergebnis der Besprechungen zwischen dem englischen Obendrel Hennicker und dem Führer des deutschen Selbstschutzes, General Höfer, hört die „Voss. Ztg.", daß der englische Oberbefehlshaber die Zusicherung gab, daß die

Säuberungsaktion unmittelbar beginne

und im schnellsten Tempo durchgeführt werde. Das Vorgehen sei in einer Weise geplant, daß die englischen Truppen die von den Polen zu räumenden

Gebiete besetzen, während französische Kapitalisten deren Rückzug überwachen. In dieser Weise soll das ganze Industriegebiet gesäubert werden. Wie der „Vorwärts" meldet, beginnt die Bildung einer

neutralen Zone

in Oberschlesien zwischen den polnischen und den deutschen Streitkräften sich zu vollziehen. Im Norden haben englische Truppen Rosenberg besetzt, im Süden ist ein Bataillon Italiener in Kreuzburg eingerückt. In die Mitte der Front schieben sich englische und französische Truppen zwischen deutschen Selbstschutz und polnische Banden. Dadurch ist es auch zu erklären, daß während eines Gefechtes zwischen Polen und Selbstschutz bei Kullnow drei verwundete und sieben unverwundete Franzosen durch den deutschen Selbstschutz gefangen genommen wurden.

Die polnischen Bergarbeiter, die kampfmüde sind, sind fast überall in die Betriebe zurückgekehrt. Die polnische Kampflinie besteht lediglich fast nur noch aus Kongreßpolen, darunter zahlreiche geschlossene Verbände und organisierte Formationen des polnischen Heeres.

Einspruch gegen die Deutschenhetze in Posen.

In Ostrowo haben schwere Ausschreitungen gegen die deutschen Bürger stattgefunden, denen erst durch Eingreifen von Militär ein Ende gemacht werden konnte. Bereits vor Eintritt dieser deutschen Verfolgungen war das Posener Teilministerium von dem deutschen Konsul darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich in einigen Orten Posens eine Bewegung gegen das Deutschtum vorbereite. Umsoweniger zu entschuldigen sind die jetzt aus Ostrowo gemeldeten Ereignisse. Auf sofortige Vorstellung des Konsuls bedauerte und verurteilte der Vizeminister zwar die Vorgänge und versicherte, alles tun zu wollen, um eine Wiederholung zu verhindern. Gleichzeitig aber erklärte er, darauf hinweisen zu müssen, daß es infolge der Ausweisung polnischer Arbeiter aus Westfalen und aus der Niederlausitz im ganzen Abtretungsgebiet gegen die Deutschen gäre.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die im Friedensvertrag übernommene Verpflichtung die polnische Regierung bindet, die dem polnischen Reich überantworteten deutschen Minderheiten nachdrücklichst und unter allen Umständen gegenüber Angriffen der national-polnischen Wehrheit zu schützen. Pogrome gegen deutsche Minderheiten können nicht entschuldigt und dürfen von der polnischen Regierung nicht geduldet werden. Der deutsche Geschäftsträger ist angewiesen, dies in Warschau zum Ausdruck zu bringen. Die vom polnischen Vizeminister behaupteten Vorgänge in Deutschland unterliegen gegenwärtig der Nachprüfung.

Polnische Granaten auf Ratibor.

Nachdem seit Samstag die Vorstadt Plania unter polnischem Artilleriefeuer lag, richteten die Insurgenten Mittwoch morgen gegen 4 Uhr eine Anzahl 7,5-Zentimeter-Granaten in das Stadtinnere.

Französische Gefangene.

Aus dem Kreise Groß-Strelitz eingetroffene Personen berichten von einem Zusammenstoß in der Gegend von Radzionkau zwischen dem oberschlesischen Selbstschutz und den Franzosen. Bei Kalinow wurde der Selbstschutz während der Nacht durch anhaltendes Gewehrfeuer beunruhigt und entsandte Patrouillen zur Feststellung des Gegners. Die Patrouillen wurden in ein lebhaftes Feuergefecht verwickelt und machten mehrere Gefangene, die sich als Franzosen entpuppten. Der Selbstschutz sandte die Gefangenen unter Führung eines Offiziers zurück und sprach durch diesen eine Entschuldigung wegen des Zwischenfalles aus.

Der amerikanische Vertreter ausgewiesen.

Nach Meldungen aus Neuyork soll der französische General Lerond dem amerikanischen Vertreter Deckar den weiteren Aufenthalt in Oberschlesien verboten haben, weil er antifranzösische Berichte [illegible] gesandt habe. Der neue englische Regierungsvertreter Stuart hat sich darauf an Lerond gewandt, um die Ausweisung rückgängig zu machen.

Erst muß Korfanty rückwärts.

Die englische Regierung hat, wie Havas bestätigt, der französischen Regierung gestern durch ihren Botschafter in Paris eine Antwort auf die französische Note vom 30. Mai zugehen lassen. Die englische Regierung erklärt sich darin mit der französischen Regierung einig, daß die gesetzliche Ordnung in Oberschlesien gemäß dem Friedensvertrag wiederhergestellt werden müsse, bevor irgend eine Entscheidung getroffen werde. Die englische Regierung fügt hinzu, daß sie den Bericht ihres neuen Kommissars in Oberschlesien über die Lage, wie er sie bei seinem Eintreffen in Oberschlesien vorfand, abwarten wolle, ehe sie sich über die Frage der Prozedur selbst aussprechen könne, die versucht werden solle, um das oberschlesische Problem zu lösen. Die französische Regierung antwortete sofort auf diese Mitteilung, daß sie sich in diesen beiden Punkten dem englischen Standpunkte anschließe.

Aus dem Reiche.

Unentgeltliche Geburtshilfe in Sachsen.

Der sächsische Landtag beschloß heute grundsätzlich die Einführung der unentgeltlichen Geburtshilfe in Sachsen und die Anstellung der Hebammen als Beamte.

Das Umlageverfahren.

Im Reichstagsausschuß für Wirtschaftsangelegenheiten wurde der Antrag Dusche und Genossen (D. Vpt.) auf sofortige Einführung der freien Bewirtschaftung gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Demokraten mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt, desgleichen der Antrag Schumann und Genossen (Soz.) auf Beibehaltung der Zwangswirtschaft gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Paragraph 1 des Gesetzentwurfes wurde sodann in der Fassung angenommen, daß aus dem Inlande im Wirtschaftsjahr 1921/22 2½ Millionen Tonnen Getreide im Wege der Umlage aufzubringen seien.

Neuer Verteilungsplan der Quäkerspeisung.

In einer internen Besprechung in Königstein beschloß die Leitung der Quäkerspeisung im deutschen Reiche die Ausarbeitung eines neuen Verteilungsplanes. Voraussichtlich wird die Zahl der an der Speisung teilnehmenden Kinder verringert werden müssen. Der grundsätzliche Ausschluß der Mütter ist unwahrscheinlich.

Nationaler Bergarbeiterverband.

Auf einer in Halle a. d. Saale abgehaltenen Tagung, an der Vertreter aus den Kohlenbezirken Rheinland-Westfalens, Mitteldeutschlands und Niederschlesiens teilgenommen haben, ist die Gründung eines neuen nationalen Bergarbeiterverbandes beschlossen worden, der seinen Sitz in Halle haben und sich über ganz Deutschland erstrecken soll. Zu Vorsitzenden des neuen Verbandes, der ein eigenes Organ unter dem Titel „Der deutsche Bergmann" herausgeben will, wurden Biestrich-Halle und Krückhaus-Essen gewählt.

Ackerzerstörung durch die französische Besatzung.

Zur Anlegung französischer Exerzierplätze mußten die Eigentümer von Ländereien der pfälzischen Dörfer Oggersheim und Mündenheim ihre bestellten Aecker den französischen Besatzungsbehörden zur Verfügung stellen. Es handelt sich um rund 100 Morgen besten Ackerlandes, das auf Befehl der französischen Besatzungsbehörden bis zum 6. Juni übergeben sein mußte. Der den Besitzern des Landes entstehende Schaden beträgt rund 50 Millionen, die zu Lasten des Deutschen Reiches gehen. Es ist bekanntlich nicht der erste Fall, daß die Franzosen und Belgier für ihre Exerzierplätze gerade das fruchtbarste Ackerland auswählten und damit der deutschen Landwirtschaft und der deutschen Ernährung unberechenbaren Schaden zufügten.

Die neue Brotversorgung.

Schutz für die ärmeren Schichten.

Berlin, 8. Juni. Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft wurde heute der Regierungsentwurf über die Neuregelung der Brotversorgung und zwar zunächst über diejenigen Bestimmungen weiter beraten, welche sich auf die Art der Aufbringung der Umlagen und auf die Frage der Haftung usw. beziehen. Es wurde die im Regierungsentwurf vorgesehene Fassung angenommen, wonach die Umlage durch Lieferung von Brotgetreide, Gerste oder Hafer erfüllt werden kann. Ferner wurde ein Antrag Kappler (Soz.) angenommen, daß außer Händlern und landwirtschaftlichen Genossenschaften Organisationen anderer Art bei der Aufbringung nicht beteiligt werden sollen.

Die Haftung der Länder

wurde gemäß dem Regierungsentwurf beschlossen. Ebenso wurden alle übrigen, die Aufbringung der Umlage bezüglichen Paragraphen in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Eine lebhafte Aussprache entspann sich über einen Antrag Hertz und Genossen (USP.), Molkenbuhr und Gen. (Soz.) und Wieber (Ztr.), der fordert, daß der außerordentlichen Belastung aller ärmeren Gegenden, die durch die zu erwartende Annäherung der Preise an die Weltmarktpreise eintreten müßte, durch gesetzliche Vorschriften für den Schutz der Lohn- und Renten-Empfänger Rechnung getragen werden soll. Außerdem soll der durch die Annäherung der Inlandpreise an die Weltmarktpreise zu erzielende Mehrgewinn für die Allgemeinheit sicher gestellt werden. Der Antrag wurde angenommen.

Auf eine Anfrage Kuno erklärte Reichsernährungsminister Hermes, daß er niemals einen Zweifel über seine prinzipielle Stellung zur freien Wirtschaft gelassen habe, daß er jedoch nicht in der Lage sei, schon jetzt eine bindende Erklärung namens des Reichskabinetts abzugeben. Persönlich glaube er, daß, wenn nicht ganz Unvorhergesehenes eintrete, das Umlageverfahren der Schritt in die freie Wirtschaft für 1922 sein werde.

Die farbigen Truppen im besetzten deutschen Gebiet.

In der ausländischen Presse wurde in der letzten Zeit wiederholt behauptet, daß sich keine „schwarzen" Truppen mehr im besetzten Gebiet befinden. Es ist richtig, daß die beiden Neger-Regimenter, die im Rheinlande standen, im Mai 1920 von dort nach Syrien abbefördert worden sind. Die erwähnte, anscheinend auch vom früheren französischen Minister Viviani in den Vereinigten Staaten von Amerika verbreitete Nachricht ist jedoch geeignet, die durchaus unrichtige Vorstellung zu erwecken, als ob alle „farbigen" Truppen von deutschem Boden zurückgezogen seien. Das ist keineswegs der Fall.

Die 17 farbigen Regimenter, die mit den beiden Negerregimentern zur französischen Besatzung gehörten, sind zwar im Winter teilweise nach Südfrankreich gebracht worden, seit Februar 1921 aber wieder der größtenteils nach Deutschland verlegt. Das „Echo de Paris" vom 9. März 1921 gibt die Stärke der farbigen Truppen der französischen „Rheinarmee" auf nicht weniger als 45 000 Mann an. Nach unbedingt zuverlässigen Nachrichten setzt sich diese Streitmacht zusammen wie folgt: 9—10 Regimenter Eingeborene aus Algier, 2 Regimenter Eingeborene aus Tunis, 3 Regimenter Eingeborene aus Marokko, 1 Regiment Eingeborene aus Madagaskar. Dazu kommen kleine Kommandos von Senegalesen (Negern) und eine Anzahl Annamiten (Indochinesen), die als Kraftwagenführer, Burschen und Ordonnanzen verwendet werden.

Neger, also „Schwarze" im strengen Sinne des Wortes, sind sonach in geschlossenen Verbänden nicht mehr anwesend, jedoch die Braunen von Nordafrika, die Algerier, die Tunesen und Marokkaner, stark mit Negern vermischt, und die Madagassen, die Eingeborenen von Madagaskar, haben vielfach einen negerähnlichen Typus.

Ausland.

Rußland.

Zusammenbruch der Wirtschaft.

Auf dem russischen Nationalkongreß entwickelte der Vorsitzende Kartaschew ein Programm für den Wiederaufbau. Ueber die gegenwärtige Wirtschaftslage in Sowjet-Rußland heißt es: Die Kohlenförderung beträgt ein Viertel der früheren. Die Herstellung von Fertigfabrikaten ist auf ein Zehntel bis ein Zwanzigstel zurückgegangen. So war es 1920 nur möglich, für jeden Sowjet-Bürger ein Meter Stoff herzustellen. Die wirtschaftlichen Hilfsquellen, die noch einigermaßen intakt sind, bestehen heute nur noch aus dem Rest des Goldbestandes, aus den Naphthaquellen von Baku und den Manganerzlagern in Georgien. Das Verkehrswesen ist vollständig zerfallen, die Bahnschwellen verfaulen. Die Kanalschleusen haben längst aufgehört, zu funktionieren.

Türkei.

Zurückziehung der italienischen Truppen.

Der Londoner „Daily Expreß" meldet aus Konstantinopel, daß die türkische nationalistische Regierung eine Mitteilung des Gouverneurs von Adalia erhielt, in der es heißt, daß der italienische Befehlshaber den Gouverneur amtlich in Kenntnis gesetzt habe, daß er eine Weisung aus Rom erhielt, in der die Zurückziehung aller italienischen Truppen aus der Türkei befohlen wird.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 9. Juni.

— **Kein Feuerlärm!** Die hiesigen Hutzschen Eisen- und Stahlwerke wollen morgen Freitag, nachmittags 4½ bis 4¾ Uhr, eine neue Sirene erproben.

— **Abendkonzert im Twiesack.** Der Inhaber des Forsthauses im Twiesack, Karl Schneider, veranstaltet Samstag abend ein größeres Instrumental-Konzert. Die Musik stellt die 21 Mann starke Kapelle der Schwelmer Feuerwehr. Tanz, italienische Nacht und Abbrennen großen Feuerwerks vervollständigen das Programm.

— **Eine Kritik über Frese.** In der „Kölnischen Zeitung" lesen wir: In Leoncavallos „Bajazzo" betrat Rudolf Frese (Gevelsberg), der bis vor wenigen Monaten noch als Former in einer Gießerei tätig war, als Silvio zum ersten Male die Bühne, nachdem er vor einigen Tagen in einem Fledermaus-Konzert eine Verdische Arie vorgetragen hatte. In der Arie konnte er seine ungewöhnlich schöne, von der Natur gut bedachte Baryton-Stimme aufs beste zur Geltung bringen. In der Wahnszene hörte man auch weniger runde Töne und Intonationsunsicherheiten, wie das bei einem ersten Bühnenversuch eigentlich selbstverständlich ist. Es fällt kein Meister vom Himmel, und die mannigfachen Anforderungen der Bühnenkunst sind nicht in einem Tage zu erwerben. Die schönen Mittel des Sängers verdienen jedenfalls ausgenutzt zu werden, und unsre Bühne könnte dem Talent wohl Gelegenheit zur Entfaltung geben und ihm rasche künstlerische Förderung angedeihen lassen.

— **In der Wettangelegenheit Hella Leitner** wird uns vom Inhaber der Firma Max Birker (Karl Siepmann) mitgeteilt, daß wohl die Künstlerin 2000 Mark setzte, die im Falle eines Mißlingens ihrer Vorführung von der Firm... einem wohltätigen Zweck

---

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

91) (Nachdruck verboten.)

Aber die Frau schüttelte beharrlich den Kopf.

„Ich erweise niemandem einen Dienst damit, denn es hat nichts mit dem Verbrechen zu schaffen," erklärte sie. „Und ich flehe Sie an, hetzen Sie die Polizei nicht auf mich! Ich habe schon so viel gelitten. Und ich kann ja doch nichts sagen, was ich nicht weiß. Bitte, lassen Sie mich in Frieden meine Wege gehen."

Da sagte Heinz fest und energisch:

„Glauben Sie denn wirklich, daß Sie sich selbst mit Ihrer Verschlossenheit einen Dienst erweisen? Glauben Sie wirklich, daß ich nicht ohnedies erkannt habe, wer Sie sind?"

Die Frau erhob sich rasch und streifte zitternd die Handschuhe über die mageren Finger.

„Es geht keinen Menschen etwas an, wer ich bin," sagte sie. „Ich danke Ihnen für Ihre Mitteilungen. Aber wenn Sie menschlich fühlen, so bekümmern Sie sich nicht weiter um mich und glauben Sie mir, daß ich über Marten's Ende nichts weiß."

Sie war hinausgeschlüpft, ehe Heinz sie hätte zurückhalten können. Er schwankte nun doch, ob er ihr nicht folgen sollte. Aber die Furcht, daß sie in ihrer Angst einen Skandal provozieren könne, hielt ihn zurück, und unmittig starrte er auf die Bäume, ohne viel anderes zu sehen, als eine Anzahl leuchtender und sich bewegender Flecke.

Gleich darauf kam Herbert zurück. So ruhig und gelassen, wie er gegangen war, nahm er seinen Platz wieder ein, und fragte nur, seine Stimme zu einem Flüstern dämpfend:

„Nun? Haben Sie etwas ausgerichtet?"

„Nichts!" entgegnete Heinz niedergeschlagen und wiederholte ihm, was er in der Abwesenheit des Freundes noch mit der Frau gesprochen hatte. Herbert zeigte sich nicht im mindesten erstaunt. Mit einem Kopfnicken meinte er:

„Ich hatte es nicht anders erwartet. Denn ich bemerkte ja, daß die Frau irgendeine triftige Veranlassung hatte, sehr schweigsam zu sein. Und eben deshalb mußte ich Sie vorhin verlassen!"

„Aber deshalb?" wiederholte Heinz verständnislos. „Wie soll ich das verstehen?"

„Wir durften die Frau unter keinen Umständen gehen lassen, ohne zu erfahren, wer sie eigentlich ist und wo wir sie finden können. Aber es wäre ein gefährliches Wagnis gewesen, sie in dem Zustand, in dem sie sich befand, verfolgen zu wollen. Und weil ich voraussah, daß sie jede Auskunft über ihre Person verweigern würde, bin ich zu dem Pförtner gegangen und habe ihn gebeten, mir eine Person zu bezeichnen, der man einen diskreten Auftrag vertrauensvoll geben könne. Solche Personen finden sich an einem Varietee-Theater stets und nach zwei Minuten schon brachte er mir einen Menschen zur Stelle, der mir hinsichtlich seines Geschicks und seiner Schlauheit einen vertrauenerweckenden Eindruck machte. Ihm gab ich den Auftrag, der Frau unauffällig zu folgen, falls sie etwa das Theater verlassen sollte, ihre Adresse und womöglich ihren Namen in Erfahrung zu bringen. Verlassen Sie sich darauf, in einer Stunde haben wir den gewünschten Bescheid."

Heinz erkannte an, daß der Freund sich diesmal klüger und vorausschauender erwiesen hatte als er selbst. Freilich hatten sie sich über eine Stunde zu gedulden und die Zeit des Wartens war unbehaglich genug. Endlich aber tauchte in der Lage doch ein Mann auf, der Herbert mit triumphierendem Lächeln begrüßte und mit einem fragenden Seitenblick auf Heinz sagte:

„Wenn ich dem Herrn unter vier Augen —"

„Reden Sie nur ruhig!" forderte ihn Herbert ungeduldig auf. „Der Herr darf es schon hören."

„Ich habe einen ziemlich weiten Weg machen müssen," berichtete der Bote nun, „Denn die Frau, der Sie mir zu folgen befahlen, wohnt in einem Hotel garni draußen im Norden. Sie hat sich ein paarmal umgesehen, als ob sie befürchtete, daß ihr jemand folgte, aber Sie können gewiß sein, daß ihr mich nicht bemerkt hat. Ich habe Ihnen den Namen des Hotels hier aufgeschrieben —" er übergab Herbert einen kleinen Zettel, „aber ich ließ es damit natürlich nicht genug sein. Ich konnte mich unauffällig an den Portier heranmachen, und von ihm erfuhr ich, daß die Frau Longtree heißt und mit einem Kinde seit einigen Tagen in dem Hotel wohnt. Mehr konnte ich allerdings nicht in Erfahrung bringen, aber ich denke, der Herr werden mit mir zufrieden sein."

Herbert belohnte ihn reichlich, denn der Dienst, den ihm der Mann da erwiesen hatte, war ja für sie von unschätzbarem Wert. Und dann brachen sie auf, froh, das Theater verlassen zu können.

36. Kapitel.

Es war in der Morgenfrühe des folgenden Tages. Heinz Hollstedt hatte eben seine Toilette beendet und sich am Frühstückstisch niedergelassen, als er seine Aufmerksamkeit draußen mit lebendem unterhandeln hörte, dessen tiefe, klangvolle Stimme ihm merkwürdig bekannt vorkommen wollte. Er hatte der Frau vorhin den Auftrag gegeben, keinen andern Besucher einzulassen als den Herrn, der sich unter dem Namen Herbert vorstellen würde, und er zweifelte darum nicht, daß sie im Begriff sei, jemanden abzuweisen. Aber dieser Jemand schien außerordentlich hartnäckig, und da dem jungen Schriftsteller hinsichtlich seiner Person plötzlich eine ganz bestimmte Vermutung aufstieg, sah er sich veranlaßt, die Tür des Arbeitszimmers zu öffnen und auf den Gang hinauszuspähen.

Mit dem ersten Blick erkannte er, daß seine Vermutung ihn nicht betrogen hatte und daß es in der Tat die hohe, martialische Gestalt des Oberstleutnants Armstorf war, die da im Wohnungsgang stand.

Diesen Besucher abweisen zu lassen, würde ihm natürlich niemals in den Sinn gekommen sein, und so machte er den Verhandlungen rasch ein Ende, indem er hervortrat und dem alten Herrn zu herzlicher Begrüßung die Hand entgegenstreckte.

„Guten Morgen, Herr Oberstleutnant! Ich bitte um Verzeihung, daß Sie nicht sofort eingeführt worden sind. Darf ich bitten?"

„Es ist an mir, mich wegen des Ueberfalls zu so unpassender Stunde zu entschuldigen," erwiderte Armstorf. Aber seine Stimme hatte heute nicht den freien und heiteren Klang, an den Heinz sonst bei dem [illegible] gewohnt war. „Leute in meinen Jahren sollten eigentlich besser gelernt haben, sich in Geduld zu fassen."

(Fortsetzung folgt.)

überwiesen werden sollten. Dagegen betont Herr Heymann, daß es ihm niemals eingefallen ist, auch nur sich aus einen Betrag auf's Spiel zu setzen, der nach Art der ganzen Veranstaltung von vornherein als verloren gelten mußte.

— **Abzeichen für Lebensrettung.** Nach langen Erwägungen und eingehenden Beratungen hat die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft an Stelle der weggefallenen staatlichen Rettungsmedaille ein silbernes Abzeichen für Lebensrettung geschaffen. Wenn auch niemand sein Leben einsetzt, um das Abzeichen zu erhalten, sondern dabei immer der Wille maßgebend ist, seinem Mitmenschen helfend beizuspringen, so besteht doch in weitesten Kreisen des Volkes der Wunsch, für die edelste Tat, die ein Mensch vollbringen kann, für die Rettung eines Menschenlebens unter eigener Lebensgefahr, eine würdige Form der Anerkennung zu haben. Anträge auf Verleihung sind an die Geschäftsstelle der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft e. V., Dresden N. 6, zu richten.

— **Avignonsag.** Die Bundesleitung der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener, e. V., erläßt folgenden Aufruf: Am Sonntag, den 12. Juni 1921, soll in ganz Deutschland eine gewaltige Kundgebung für die Freilassung unserer Avignon-Brüder in die Wege geleitet werden. Wir bitten daher unsere Orts-, Bezirks- und Landesgruppen-Vorstände, alle Vorkehrungen zu diesem Avignon-Kriegsgefangenen-Sonntag zu treffen. Unsere Bewegung muß ausmünden in eine überwältigende Massendemonstration des ganzen deutschen Volkes, 115 deutsche Kriegsgefangene schmachten noch immer in den Gefängnissen zu Avignon. Diese gehören zu den ärmsten Opfern des Weltkrieges, sie zu erlösen, ist unsere Pflicht! Darum wollen wir am 12. Juni der Oeffentlichkeit und dem deutschen Volke, den neutralen und ehemals feindlichen Staaten über diese Unmenschlichkeit von Kulturvölkern des 20. Jahrhunderts Aufschluß geben. Kameraden! Ehemalige Leidensgenossen! Steht am Avignon-Kriegsgefangenen-Sonntag geschlossen hinter euren Orts-, Bezirks- und Landesgruppen-Vorständen, stellt euch restlos ein, denn nur durch Einheitlichkeit ist das Gelingen der Aktion für unsere Avignon-Brüder gewährleistet.

— **Zollfreie Pakete ins besetzte Gebiet.** Bei der polizeilichen Prüfung der im besetzten Gebiet eingehenden Pakete aus dem unbesetzten Deutschland werden zur Beseitigung oder Vermeidung von Verzögerungen die Sendungen mit ersichtlich zollfreiem oder leichtverderblichem Inhalt häufig mit Beschleunigung behandelt oder von den Zollförmlichkeiten ganz befreit. Es empfiehlt sich daher für die Absender, derartige Pakete durch farbige Zettel mit entsprechender Aufschrift (z. B. zollfreie Lebensmittel, frisches Fleisch und dergl.) oder in ähnlich hervortretender Weise zu kennzeichnen.

— **Die landwirtschaftlichen Winterschulen.** Die Provinz Westfalen ist zurzeit die einzige Provinz, in welcher die landwirtschaftlichen Winterschulen noch nicht in die Verwaltung der Landwirtschaftskammer übergegangen sind. Das Ministerium für Landwirtschaft hat eine Erhöhung des bisherigen Zuschusses von 1500 ℳ je Anstalt von der Bedingung abhängig gemacht, daß auch in Westfalen die Winterschulen in die Verwaltung der Landwirtschaftskammer übernommen werden. Infolge dieser Entscheidung haben Verhandlungen des Oberpräsidenten mit den Vertretern der Anstalten stattgefunden. Es ist damit zu rechnen, daß noch im Laufe des Rechnungsjahres 1921 die Landwirtschaftskammer die Winterschulen in die Verwaltung übernehmen wird. Jede Anstalt wird in Zukunft bei den heutigen Verhältnissen im Durchschnitt eine Ausgabe von rund 32 000 Mark erfordern.

— **Das neue Fernsprechgebührengesetz,** das zur Zeit dem Reichsrat vorliegt, bestimmt in seinen Einzelheiten folgendes: Die bisherige Pauschgebühr wird abgeschafft. Zur Erhebung gelangt eine Einrichtungsgebühr, eine Jahresmiete als Grundgebühr und die tatsächlichen Gesprächsgebühren. Die einmalig zu leistende Einrichtungsgebühr beträgt 200 Mark, die Jahresmiete, als Grundgebühr gedacht, beträgt 380 bis 760 Mark nach der Größe der Ortsnetze. Die Gesprächsgebühren staffeln sich nach der Zahl der Teilnehmer des Ortsnetzes und der Gespräche, Mindestgebühr 25 Pfennig.

— **Keine Zahlung von Erwerbslosenunterstützung.** Der Minister für Volkswohlfahrt macht darauf aufmerksam, daß nicht nur den Arbeitnehmern, die in einem Betriebe beschäftigt waren, der infolge Ausbaues oder Aussperrung in diesem Betriebe ganz oder teilweise stillgelegt worden ist, keine Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden darf, sondern auch den Personen nicht, die infolge eines in einem anderen Betriebe ausgebrochenen Streikes oder einer über einen anderen Betrieb verhängten Aussperrung zum Feiern gezwungen sind, sofern nur dieser Streik oder diese Aussperrung die Erwerbslosigkeit überwiegend veranlaßt hat.

— **Anrechnung von Militärdienstzeit für Nichtmilitäranwärter.** Die Anrechnung eines Dienstjahres auf das Beförderungsdienstalter kann auch bei Beamten erfolgen, die nicht Militäranwärter sind und bei denen die Ableistung des gesetzlichen Dienstpflicht zu den Anstellungsbedingungen gehörte. Der Reichsfinanzminister hat sich jetzt ausdrücklich damit einverstanden erklärt, das erste Dienstjahr darf auf das Besoldungsdienstalter in der Eingangsstelle den Beamten angerechnet werden, die aus dem Zivilsupernumerariat der ehemaligen preußischen Zollverwaltung, aus der Intendanturschretariatslaufbahn der ehemaligen preußischen, bayerischen, sächsischen und württembergischen Heeresverwaltung und aus der Proviantamtslaufbahn hervorgegangen sind. Unter der letzteren stehen die Proviantamts-Aspiranten und Proviantamts-Unterinspektoren. Den früheren preußischen Zollbeamten, die wegen körperlicher Untauglichkeit von der Dienstpflicht befreit worden sind und denen demzufolge seinerzeit ihr Besoldungsdienstalter um ein Jahr gekürzt wurde, kann diese Zeit jetzt wieder in der Eingangsstelle angerechnet werden. Den nicht zivilversorgungsberechtigten Intendanturschretären wird ein Dienstjahr neben dem ersten Dienstjahre bei der Festsetzung ihres Besoldungsdienstalters in Anrechnung gebracht.

— **Fernsprecher und Gewitter.** Beim Herannahen von Gewittern nehmen Hörer von Fernsprechstellnehmer den Fernhörer vom Haken in der Meinung, daß die Sprechstellen dadurch vor Blitzschlag besser geschützt seien, da sie der Ansicht sind, daß das Anschlagen der Wecker bei Gewittern auf direkte Blitzschläge in die Leitungen zurückzuführen sei. Die Wecker schlagen jedoch nur durch das Zurückströmen der Influenz-Elektrizität zur Erde an. Die Apparate der Sprechstellen sind durch die eingeschalteten Blitzschutzvorrichtungen hinreichend geschützt. Durch das Abnehmen des Hörers kann ein weitergehender Schutz nicht erreicht werden, vielmehr werden dadurch große Unzuträglichkeiten im Betriebe herbeigeführt, indem die Teilnehmer vergessen, nach dem Gewitter den Hörer wieder einzuhängen. Die Sprechstelle kann dann nicht angerufen werden; zudem werden die Mikrophon-Elemente auf längere Zeit geschlossen und vorzeitig verbraucht. Doch sollen für alle Fälle bei nahen und schweren Gewittern telephonische Gespräche möglichst unterbleiben und Apparate und Leitungen nicht berührt werden.

* **Milspe,** 8. Juni. (Die Wilddiebe), die den Fabrikanten Hesterberg in seinem Jagdrevier angeschossen haben, sind gefaßt und zwar haben Adolf Balzer vom Brackelsberg und August Kottlieper von Oberbüllerbecke die Schüsse abgegeben; der erstere hat mit Schrot geschossen, der zweite hat zwei Schüsse mit einem Karabiner abgegeben. Dem dritten Wilddieb, Gustav Kampf, Rüggeberger Straße, hat man ein Schießen nicht nachweisen können. Er ist deshalb wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die beiden ersteren wurden gestern nachmittag dem Amtsgericht in Schwelm zugeführt.

Westfalen und Rheinland.

* **Langerfeld,** 8. Juni. (Prüfung des Gewichtes der Brötchen.) Hier wurde in einigen Geschäften eine Prüfung des Gewichtes der von den Bäckern hergestellten Brötchen durch die Polizei vorgenommen und dabei ein Mindergewicht von 7—10 Gr. pro Stück festgestellt. Das ist nach dem Gesetz unstatthaft. Für die Folge wird in derartigen Fällen — das Gewicht von 50 Gramm muß stets vorhanden sein — ein Strafverfahren gegen die Schuldigen eingeleitet und eventl. die Erlaubnis zum Brötchenbacken zurückgezogen.

* **Nächstebreck,** 8. Juni. (Eine Schlägerei) fand vor einigen Tagen in der Mühlersbeck statt. Der Hilfsarbeiter K. aus Barmen war mit dem Sohne des Fabrikanten W. in Wortmedsiek geraten, in dessen Verlauf K. dem W. mit einem Stockmesser eine erhebliche Stichwunde im Beine beibrachte.

* **Hagen,** 8. Juni. (Zu einem größeren Waldbrande) in der oberen Selbecke wurde heute nachm. die Berufsfeuerwehr gerufen. In südöstl. Richtung sah man über dem Stadtwald eine ungeheure Rauchwolke aufsteigen. Leider war die Wehr zu spät von dem Brande in Kenntnis gesetzt worden, da dieser schon um 10 Uhr in der Nähe des Kinderheims ausgebrochen und, da nicht sofort eingegriffen werden konnte, auf den Tannenwald übergesprungen war und dort, von leichtem Winde begünstigt, in kurzer Zeit einen riesigen Umfang angenommen hatte. Gegen Nachmittag war das Feuer durch anstrengende und infolge Wassermangels und unerträglicher Hitze erschwerte Löscharbeiten in großen Linien begrenzt worden und umfaßte etwa 75 Morgen. Die Arbeiten der Feuerwehr wurden durch Einwohner der in der Nähe befindlichen Häuser, von denen einige nah an der Brandstelle gelegenen und gefährdeten bereits ausgeräumt waren, ebenso von tatkräftiger Jugend unterstützt. Der Schaden, der durch den Brand verursacht wurde, wird auf 1 Million Mark geschätzt. Er betrifft in erster Linie den an jenem Terrain interessierten Herrn Karl Post.

* **Vorhalle,** 8. Juni. (Beim Baden ertrunken.) An der Mündung der Volme in die Ruhr badeten heute nachmittag mehrere junge Leute. Einer von ihnen, der 16jährige Lehrling Max Menger von hier, wagte sich zu weit vor und versank. Trotz mehrstündigen Absuchens der Unglücksstelle konnte die Leiche bis zum Abend nicht aufgefunden werden.

* **Finnentrop,** 9. Juni. (Neues Wasserkraftwerk.) Der Ruhrtalsperrenverein läßt bei Bamenohl an der Lenne ein neues Wasserkraftwerk errichten, dessen Krafterzeugung dem Leitungsnetz des Listerkraftwerks zugeführt werden soll.

* **Ahlen,** 7. Juni. Eine bestialische Rohheit begingen Menschen, die einigen Landwirten gehörigen Weh auf der Weide mit Messern fürchterlich zurichteten. Man schnitt den armen Tieren ganze Stücke Fleisch aus dem Körper. Bei einem Rind hatte man das Messer sogar stecken lassen. Ein Rind mußte geschlachtet werden, während die übrigen Tiere in tierärztliche Behandlung genommen werden mußten.

* **Aplerbeck,** 8. Juni. (Kirchenraub.) Einbrecher drangen nachts in die katholische Kirche ein und raubten, nachdem sie ein Sakristeifenster mit einer Eisenstange aus dem Mauerwerk herausgebrochen hatten, sechs silberne Kerzenständer, sechs messingene Kerzenfassungen, einen Eichenkranz aus Silber und eine Schuldecke.

* **Dorsten,** 8. Juni. (Fliegende Spitzbuben.) Ein Flugzeug, das mit zwei Personen besetzt war, wurde in Wesel von einer Polizeipatrouille an der Lippe angehalten. Nachdem die Insassen an Land geholt, wurde bei diesen ein größerer Geldbetrag, zwei geladene Pistolen und ein Photographenapparat gefunden. Die Leute sind mit dem Flieger von Dorsten gekommen, um angeblich ins Ausland zu gehen. Es ist anzunehmen, daß das Geld wie auch die übrigen Sachen teilweise aus einem Diebstahl herrühren werden. Die Festnahme der Personen ist erfolgt.

* **Paderborn,** 8. Juni. (Vom Blitz erschlagen.) In Augustdorf wurde der Landwirt Wilhelm Stelemann, der beim Heidebrennen in der Senne von einem Gewitter überrascht wurde, vom Blitz erschlagen.

* **Gülerskoh,** 8. Juni. Auf der Weide der Witwe Ruthenburg bei Gut Langert wurden drei Kühe im Werte von 30 000 Mark vom Blitz getötet.

* **Münster,** 9. Juni. (Unter schweren Vergiftungserscheinungen) sind hier die Witwe Dilmecke, ihr Sohn Franz, ihre Nichte Maria Bonne aus Ottbergen und der aus Böhmen stammende Bildhauer Albert Loos erkrankt. Frau Dilmecke schwebt noch in Lebensgefahr. Man vermutet Vergiftung durch Nahrungsmittel.

* **Minden,** 9. Juni. (Fischsterben.) In der Weser zur Zeit ein Massensterben der Fische zu beobachten. Ungewöhnlich viele Fischleichen treiben auf dem Wasser. Man nimmt an, daß die Abwässer gewerblicher Betriebe, die der Weser zugeführt werden, das Eingehen der Fische verursachen.

* **Nadevormwald,** 7. Juni. („Ober-Stadtverordnete".) Anläßlich der letzten Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums wurden auch die erhöhten Titel vieler Beamten besprochen und die Beleihung eines alten Stadtsekretärs mit dem Titel „Oberstadtsekretär" gefordert. Unter allgemeiner Heiterkeit meinte ein Redner, es wäre nun an der Zeit, älteren Stadtverordneten das Prädikat „Ober-Stadtverordnete" zu verleihen.

* **Gummersbach,** 9. Juni. (Bei der Lebensrettung ertrunken.) Der Steinbruchbesitzer Eugen Wirth aus Niedernhagen hatte seinen Bruder, der dem Ertrinken nahe war, mit eigener Lebensgefahr aus der Brückenfallsperre gezogen. Als er noch einen zweiten Ertrinkenden retten wollte, sank er selbst unter und kam ums Leben. Wahrscheinlich hatte er bei der Aufregung und Anstrengung einen Schlaganfall erlitten.

* **Köln,** 7. Juni. (Polnische Ausdehnungsversuche.) Innerhalb der polnischen Kreise im Rheinland macht sich neuerdings ein starkes Interesse für die Verbesserung und Ausbreitung des polnischen Schulunterrichts bemerkbar. So fand Mitte Mai im Polnischen Konsulat in Köln eine Sitzung des polnischen Schulkuratoriums statt. Um die ganze Bewegung in feste Hand zu bekommen, hat der Konsul einen gewissen Kaplan Mazuromski für die äußeren und den Studenten Kaczmarek für die inneren Schulangelegenheiten als „Schulinspektoren" bestimmt. In Köln-Mülheim, Köln-Kalk, Wiesdorf und Bensberg findet bereits polnischer Unterricht statt.

* **Koblenz,** 7. Juni. (Doppelhinrichtung.) Die durch Urteil des Schwurgerichts zu Koblenz vom 17. April 1920 gegen den Klavierbauer Joseph Hahn aus Koblenz und die frühere Kontoristin Franziska Ackermann aus Elberfeld wegen gemeinschaftlich an dem amerikanischen Soldaten O. Pegg begangenen Mordes erkannten Strafen des Todes sind an den beiden Verurteilten in Köln durch Enthauptung vollzogen worden.

* **Trier,** 8. Juni. (Beim Schwimmen verunglückt.) Bei einem Kopfsprung stieß der Kaufmann Karl Marc von hier so unglücklich mit dem Kopfe auf den Rücken eines untergetauchten Schwimmers auf, daß er das Genick brach. Er starb bald nachher.

Gerichtssaal.

Der 5. Prozeß in Leipzig.

Am Mittwoch begann vor dem Reichsgericht der 5. Kriegsschuldigenprozeß. Die Anklage, die von der belgischen Regierung ausgeht, richtet sich gegen den Studenten der Rechtswissenschaft, Max Ramdohr aus Leipzig wegen angeblicher Erpressung von Geständnissen. Der Angeklagte soll als Agent der Geheimpolizei in Grammont im Dezember 1917 verhaftete Kinder mißhandelt haben. Der Prozeß wird mehrere Tage beanspruchen.

Der Prozeß gegen Hölz.

Der Termin der Verhandlung gegen den Kommunistenführer Hölz ist auf Montag, 13. Juni, vor dem Berliner Sondergericht angesetzt worden. Die vom Staatsanwalt vertretene Anklage stellt eine Kollektion fast sämtlicher schweren Vergehen und Verbrechen dar, die das Strafgesetzbuch enthält. Sie lautet im einzelnen auf Mord, versuchten Totschlag, Aufruhr, Landfriedensbruch, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung gemeingefährlicher Verbrechen, Bildung bewaffneter Haufen, Freiheitsberaubung, Nötigung, räuberische Erpressung, schweren Raub, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, Transportgefährdung usw. Zu den Verhandlungen, die unter großen Vorsichtsmaßnahmen vor sich gehen werden, sind 72 Zeugen und 4 Sachverständige geladen. Vorläufig sind für den Prozeß acht Tage in Aussicht genommen.

Der Mörder Luxemburgs?

Die „Freiheit" erfährt daß Leutnant Krull unter dem Verdacht verhaftet worden ist, an der Ermordung Rosa Luxemburgs beteiligt gewesen zu sein. Krull habe sich vor Kameraden gerühmt, Rosa Luxemburg erschossen zu haben. Außerdem habe er eine der Frau Rosa Luxemburg gehörige Uhr zum Verkauf weitergegeben.

Schwindeleien.

Der 47 Jahre alte Kaufmann Karl Simon aus Dortmund hatte sich 1920, nachdem er in Düsseldorf mit einem chemisch-technischen Unternehmen Schiffbruch gelitten hatte, in München niedergelassen und sein früheres Geschäft hier wieder weitergeführt, aber auf der schwindelhaftesten Basis von sogen. Luftgeschäften, d. h. er bot durch Anzeigen die Lieferung von Soda und ähnlichen Erzeugnissen an, wobei es ihm aber nur darum zu tun war, die Kaufbeträge zu erhalten. Die Ware besaß er nämlich nicht. Bei diesen Luftgeschäften bediente er sich einer englischen Firmenbezeichnung und der Mithilfe seiner 17 Jahr alten Tochter, die als Korrespondentin, Stenotypistin usw. „tätig" war. Bei dem groß angelegten Schwindel schaute indes nicht viel heraus, denn nur eine Firma konnte mit einer größeren Summe hineingelegt werden, Simon wurde vom Landgericht wegen Betruges und Urkundenfälschung zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust, seine Tochter zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Hohenzollernprozeß.

Vor dem Potsdamer Landgericht schwebt zurzeit ein Zivilprozeß, den die frühere Prinzessin Joachim von Preußen gegen den Prinzen Eitel Friedrich mit dem Antrage auf Herausgabe ihres Sohnes, des Prinzen Karl Franz Franz Joseph, angestrengt hat. Die Klägerin hat sich vor zwei Jahren von ihrem Gatten, der im Sommer vorigen Jahres durch Selbstmord geendet hat, getrennt. Als die Versuche, die ehelichen Verhältnisse zu regeln, scheiterten, ließ sie ihren Sohn bei ihrem Gatten. Nach dessen Tod nahm sich Prinz Eitel Friedrich seines Neffen an. Er verweigerte nach dem Tode seines Bruders die Herausgabe des Kindes.

Zur Trinkgeldfrage.

Dieser Tage veranstaltete in Berlin die Gesellschaft für soziale Reform eine Besprechung über die leidige Trinkgeldfrage. Teilnehmer waren außer den Führern verschiedener Gastwirtsgehilfen-Organisationen vornehmlich Vertreter der Presse, von der erwartet wird, daß sie das Publikum wirksamer als bisher in die Kampffront gegen das Trinkgeld einreihe. Wenn man nämlich die Kellnerverbände der verschiedensten politischen und gewerkschaftlichen Richtungen anhört, so haben die Gastwirtsgehilfen alles Mut leisten dringendem Wunsch als den, daß die entwürdigende Art der Entlohnung, wie sie die Trinkgeldannahme mit sich bringe, radikal verschwinde. Es wurden Entschließungen vorgelesen, die sich mit anerkennenswerter und erfreulicher Entschiedenheit gegen das Trinkgeld aussprechen und allen jenen Berufsgenossen die schärfste Mißbilligung bezeugen, die sich, obwohl in den meisten Städten und Ortsstätten das Trinkgeldverbot besteht, gegen Verfügungen dieser Art als nicht gefeit erweisen.

Also das Publikum soll zu Hilfe kommen. Es soll sich straffer in Zucht halten und die Gastwirtsgehilfen nicht durch Angebot von Trinkgeld in Gewissensnöte führen. Gewiß würde das Publikum dieser Aufforderung nur zu gern folgen; denn wer sparte sich nicht lieber das Aufgeld und vielfachen Ueberlegungen, wem alles und wieviel er dem einzelnen Hotelangestellten in die Hand drücken soll. Aber, und nun kommt das große Bedenken, das die Sozialreformer und die Organisationsvertreter nicht recht anerkennen wollen, das aber unsers Erachtens doch zu Recht besteht und zweifellos von sehr vielen Gästen geteilt wird: Wie sind denn bisher die Dinge nach Abschaffung des Trinkgelds gewöhnlich verlaufen? An Stelle des Trinkgelds wurde ein Zuschlag in dieser oder jener Form erhoben, was indes weder gewisse Gäste abhielt, in der — keineswegs immer falschen — Hoffnung auf bessere Behandlung an dem bisherigen System festzuhalten, noch auch bei den Gastwirtsgehilfen die Ablehnung und Entrüstung hervorrief, die man nach den zahlreichen Kundgebungen der Verbände hätte erwarten sollen. Im Gegenteil pflegte sich die Praxis in der Regel bald so zu gestalten, daß die Gastwirtsgehilfen trotz Zuschlags stillschweigend oder auch nicht stillschweigend die bekannte Sondervergütung erwarteten. Und die entsprechende Folgerung pflegten auch zahlreiche Arbeitgeber zu ziehen, indem sie bei Tarifverhandlungen oder wenn sonst eine der Entwertung des Geldes entsprechende Veränderung der Löhne in Frage kam, die Trinkgeldeinnahmen ihrer Angestellten nach wie vor in Rechnung stellten. Die weitere Entwicklung vollzog sich dann nicht selten so, daß ein erneutes formelles Trinkgeldverbot, natürlich mit dem entsprechenden Zuschlag auf die Preise, in Kraft trat, um kurze Zeit darauf durch neue „Verstöße" des Publikums und der Gehilfen vereitelt zu werden. Die berühmte Schraube ohne Ende blieb und bleibt daher grade in der Trinkgeldfrage in ständiger Bewegung, und es wird einigermaßen schwer halten, dem Publikum klarzumachen, daß es aus der Abschaffung des Trinkgeldes irgendeinen Vorteil gezogen hat oder ziehen wird.

Dieselbe Frage legen sich übrigens, wie erst wieder eine in diesen Tagen abgehaltene Versammlung von Berliner Kaffeehauskellnern verrät, die Gastwirtsgehilfen für ihre Person vor. So lange es daher der in Frage kommenden Gewerkschaften nicht gelingt, ihre Mitglieder in dem Grade mit Selbstbewußtsein und mit Standesgefühl zu erfüllen, daß sie das Anbieten und viel mehr noch die Annahme von Trinkgeld als eine entwürdigende Zumutung empfinden und behandeln, wird auch das Publikum nicht zu der Ueberzeugung bekehrt werden können, daß es durch ein Geschenk sich nicht doch dieses oder jenen Vorteil erkaufe, und so lange wird es nach menschlichem Ermessen mit dem Unfug des Trinkgeldnehmens und -gebens kein Ende nehmen. Das Entscheidende ist also, und das wurde auch in der erwähnten Versammlung mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß die Organisationen ihre Angehörigen besser erziehen und festen in die Hand bekommen. So lange dies nicht der

Fall ist, werden alle noch so gut gemeinten und durchaus zu begrüßenden Reformbestrebungen vergebens bleiben.

Vermischtes.

Eisenbahnunglück.

Bei der Station Gemmenich (Rheinland) fuhr ein Arbeitszug einem Personenzug in die Flanke. Dabei sollen 3 Personen getötet und 5 verletzt worden sein.

Beim Wettrudern ertrunken.

Auf der Ruderregatta in Dessau sank infolge eines schweren Unwetters ein Vierer. Während die Ruderer sich durch Schwimmen retteten, ertrank der Steuermann. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

Explosion.

Aus bisher unbekannter Ursache explodierte in der Dynamitfabrik Doemitz beim Ausschneiden von Granaten ein Wasserbad. Ein Arbeiter wurde getötet, drei Arbeiter schwer, 6 leicht verletzt.

Großbrand.

Seit Mittwoch früh steht der weitaus größte Teil des Betriebes der Kakaokompagnie Theodor Reichardt, G. m. b. H., in Wandsbeck in hellen Flammen. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht bekannt.

Todessturz einer Fliegerin.

Die bekannte englische Fliegerin Laura Bromwell, die im Mai 99 mal hintereinander die Todesschleifenfahrt ausführte, ist bei dem Versuch, ihren eigenen Rekord zu schlagen, aus 300 Meter Höhe auf dem Flugfeld bei Nocola abgestürzt und konnte nur als Leiche, völlig verbrannt, unter den Trümmern ihres Flugzeuges hervorgehoben werden.

Der bestohlene Ueberwachungs-Ausschuß.

In dem photographischen Atelier der Interalliierten Kommission in Berlin wurde in der Zeit vom vergangenen Samstag bis Montag eingebrochen und für 100 000 Mark Objektive und photographische Artikel entwendet.

Kohlenfunde bei Berlin.

Bei Tiefbohrungen, welche die Stadt Berlin gegenwärtig zwecks Anlage eines neuen Wasserwerks an der Oberspree im staatlichen Forst von Erkner ausführen läßt, ist ein mächtiges Kohlenflöz entdeckt worden. Die Fundstelle liegt auf fiskalischem Boden, so daß für die eventuelle Ausbeutung lediglich der Staat in Frage kommt.

Treu bis in den Tod.

Vor einigen Tagen badete die Nachrichten-Hundertschaft der Truppe West der Hamburger Schutzpolizei in der Ruhlebener Badeanstalt. Der Untermachtmeister Jahnke wurde von einem Krampf befallen und sank unter. Der die Aufsicht führende Obermachtmeister Frederich sprang dem Kameraden sofort nach, wurde aber von diesem mit in die Tiefe gezogen und konnte sich nur mit vieler Mühe befreien. Abermals tauchte der Brave nach dem versunkenen Kameraden, und es gelang ihm auch unter äußerster Anstrengung, J. wieder an die Oberfläche zu bringen. Hier nahmen andere Schutzpolizisten, die inzwischen mit einem Kahn herbeigeeilt waren, den vom Tode Geretteten auf. Als sie auch Frederich in das Boot ziehen wollten, sank er unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Nach langem Suchen konnte man nur noch die Leiche bergen. Ein Herzschlag hatte seinem Leben infolge der ungeheuren Anstrengung und Aufregung ein Ende gemacht.

Menschenfresser am Kongo.

Der Afrikareisende Miserd erzählt im Londoner „Daily Chronicle", daß der Beamte, der während des Krieges in Ostafrika mit der Versorgung der eingeborenen belgischen Hilfstruppen betraut war, ihm mitgeteilt habe, an einem gewissen Tage hätten die schwarzen Mitkämpfer der Belgier statt Rinder einen Lastträger als Nahrung verlangt. Ueberall am Kongo besteht die Menschenfresserei fort, und Handballen und Fußballen werden als die besten Bissen betrachtet. Ein Portugiese, der im letzten Augenblick noch seinen Schlächtern entrissen werden konnte, war bereits mit Kreidestrichen in „Portionen" eingeteilt.

Oberschlesien-Spende.

Prokurist Manicke 50 Mark. Sa. 1468 Mark.
Weitere Gaben werden gerne entgegengenommen.
Geschäftsstelle der Gevelsberger Zeitung.

Wirtschaftlicher Teil.

Die Rückerstattung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe.

Wie aus zahlreichen Anfragen aus Industrie und Handel hervorgeht, bestehen trotz der kürzlichen amtlichen Veröffentlichungen in den beteiligten Kreisen noch Zweifel über die Erstattung der Reparationsabgaben, die in einigen Ententeländern von der deutschen Ausfuhr als Sanktionen erhoben werden. In der erwähnten Presseveröffentlichung wurde in bestimmter Weise zugesagt, daß die Beträge, die zukünftig von den einzelnen Ententestaaten vom Ausfuhrgegenwert der deutschen Ausfuhr erhoben werden, den Exporteuren durch das Reich in Papiermark erstattet werden. Es war nur noch unbestimmt gelassen, zu welchem Zeitpunkt mit der Auszahlung begonnen werden kann, da dazu noch einige vorbereitende Verhandlungen notwendig seien. Da auch in den beteiligten amtlichen Kreisen bekannt ist, daß die Ausfuhrfirmen diese Geldbeträge in ihren Betrieben nicht lange entbehren können, geschieht selbstverständlich alles, um möglichst bald mit der Auszahlung beginnen zu können.

Deutschlands Handel mit Amerika.

Deutschland ist der drittbeste Kunde der Vereinigten Staaten von Amerika geworden; seine Bezüge aus Amerika sind fast so groß, wie die der Schweiz, Griechenlands, Norwegens, Dänemarks und Schwedens zusammen.

Amtl. Berliner Devisen-Kurse.

Für drahtliche Auszahlungen	7. Juni Geld	7. Juni Brief	8. Juni Geld	8. Juni Brief
Holland 100 Gulden	2117.75	2225.25	2222.75	2227.25
Belgien 100 Frk.	529.15	530.45	534.46	536.55
Norwegen 100 Kr.	981.50	983.50	980.00	982.00
Dänemark 100 Kr.	1146.25	1148.65	1151.30	1153.70
Schweden 100 Kr.	1481.00	1481.00	1488.50	1491.50
Finnland 100 fin. M.	122.10	122.40	122.10	122.40
Italien 100 Lire	319.65	320.85	323.65	324.35
England 1 Pfd. St.	250.75	251.90	251.70	252.30
Amerika 1 Dollar	66.23	66.87	66.30½	66.44½
Frankreich 100 Frk.	529.15	530.55	533.95	535.05
Schweiz 100 Frk.	1129.85	1132.15	1137.35	1139.65
Spanien 100 Pes.	849.15	850.85	856.60	858.40
Oesterreich 100 Kr.	14.71	14.82	14.83	14.87

Verantwortlich für die Schriftleitung: Rudolph Waschmann, für den Anzeigen- und Reklameteil Wilh. Herkenräder, beide in Gevelsberg.

Dr. Wolfs reine Fettseife in Friedensqualität
in allen Geschäften wieder zu haben.
Alleinige Fabrikanten: Grümer & Neu, Barmen-Rittersh.

4. Nachtrag

zum Ortsstatut, betreffend die städtische gewerbliche Fortbildungsschule zu Gevelsberg.

Auf Grund der Verordnung des Reichsministeriums für die wirtschaftliche Demobilmachung vom 28. März 1919 über die Erweiterung der Fortbildungsschulpflicht R.-G.-Bl. S. 354 wird durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 12. April 1921 für den Stadtbezirk Gevelsberg folgendes bestimmt:

§ 1.

Zum Besuch der städtischen gewerblichen Fortbildungsschule sind auch verpflichtet alle männlichen und weiblichen Jugendlichen unter 18 Jahren, welche seit Ostern 1921 aus der Volksschule oder aus einer anderen Schule nach Vollendung der allgemeinen Schulpflicht entlassen sind, keine weitergehende wissenschaftliche oder künstlerische Ausbildung genießen und in der Stadtgemeinde Gevelsberg wohnen oder beschäftigt sind.

Wenn Wohnort und Beschäftigungsort verschieden sind und für beide Orte die Fortbildungsschulpflicht besteht, so ist die Schulpflicht am Beschäftigungsorte zu erfüllen. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung der Schulbehörde des Beschäftigungsortes.

§ 2.

Die Bestimmungen des Ortsstatuts vom 1. Februar 1910 und der dazu ergangenen und noch ergehenden Nachträge finden sinngemäße Anwendung.

Soweit die Schulpflichtigen nicht in einem Arbeitsverhältnis stehen, treten die Eltern oder ihre gesetzlichen Vertreter an die Stelle der Arbeitgeber. Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. April 1921 in Kraft.

Gevelsberg, den 16. April 1921

Der Bürgermeister. J. V.: Müller.

Genehmigt gemäß § 120, Absatz 3 und § 142 der Reichsgewerbeordnung, sowie § 122 des Zuständigkeitsgesetzes mit der Maßgabe, daß der Nachtrag mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft tritt

Arnsberg, den 7. Mai 1921.

Namens des Bezirksausschusses, Abt. II.

Der Vorsitzende. J. V.: Schmancks.

Vorstehenden genehmigten IV. Nachtrag zum Ortsstatut betr. die gewerbliche Fortbildungsschule zu Gevelsberg vom 1. Februar bringe ich hiermit 10. Mai zur öffentlichen Kenntnis.

Gevelsberg, den 4. Juni 1921.

Der Bürgermeister. J. V.: Müller.

Bekanntmachung.

Die von Herrn Tellinghaus veranlaßte Bekanntmachung betreffs **Sperrung des Verbindungsweges von der Feldstraße zur Feuerstraße** wird hiermit für ungültig erklärt.

Gevelsberg, den 8. Juni 1921.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister.
J. V.: Müller, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Mit Wirkung ab 1. Juni 1921, wird der Höchstpreis für bahnfrei hereinkommende

Voll- u. Eierbriketts auf 23.70 Mk.

pro Zentner festgesetzt.

Gevelsberg, den 8. Juni 1921.

Die Ortskohlenstelle.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch öffentlich bekannt gemacht, daß die Strandbadkommission beschlossen hat, Kindern in Begleitung Erwachsener bis zum Alter von 4 Jahren freien Zutritt zum Besuch des Strandbades zu gewähren.

Gevelsberg, den 4. Juni 1921.

Der Stadtbaumeister. J. V.: Graf.

Amt Ennepe. — Kohlenverteilung.

Freitag, den 10. und Samstag, den 11. Juni 1921 Kohlenverteilung zu Milspe und Rüggeberg wie bisher auf die Marken 5 und 6 der Brennstoffkarte.

Die Ortskohlenstelle bleibt an diesen Tagen für den Verkehr geschlossen.

Milspe, den 8. Juni 1921.

Die Ortskohlenstelle.

Bürgerverein Gevelsberg.

Freitag, den 10. Juni 1921, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Fritz Hohoff, Mittelstr:

Hauptversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Städtische Angelegenheiten.
2. Umänderung des Vereinsnamens.
3. Wahl eines Kassenführers.
4. Verschiedenes.

Wir bitten um vollzähliges Erscheinen.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer bezw. falschen Brandalarm zu vermeiden, machen wir darauf aufmerksam, daß wir

Freitag, den 10. ds. Mts.,

nachmittags von ½5 bis ¼ vor 5 Uhr eine

neue Werksirene

ausprobieren werden.

Huthwerke.

Tüchtigen
Schlosser-Vorarbeiter,
sowie mehrere
Maschinensteller
stellt ein die
Gevelsberger Nietenfabrik
G. m. b. H.

Lehrling
mit guter Schulbildung per sofort oder später gesucht.
Wilmers & Droste,
Gevelsberg, Mittlerer Str.
(Eisenwaren, Werkzeuge, Beschläge.)

Verkäuferinnen
für die Konfitüren-Branche, welche nicht unter 25 Jahre alt und an selbständiges Arbeiten gewöhnt sind, wollen Angebote einreichen unter A. A. 225 an Rudolf Mosse, Magdeburg.

Tüchtiges
Mädchen
für baldigen Eintritt gesucht.
Kölner Straße 24.

Für 1. Juli oder 1. September ein in allen Hausarbeiten erfahrenes, älteres
Mädchen
(nicht unter 25 Jahren) nach Düsseldorf gesucht.
Frau Hugo Eicken.
Vorzustellen Samstag, den 11. Juni, vormittags b. Frau R. Dahlmann, Brüderstraße 3.

Ordentlicher junger Mann findet
Kost u. Logis.
Zu erfr. in der Geschst.

Forderungen aller Art
werden von erfahrenem Kaufmann energisch und kostenfrei beigetrieben, evtl. es ein sofortige Kasse käuflich übernommen. Prima Referenzen. Gefl. Angebote an Schließfach Nr. 174 in Hagen erbeten.

Gesunde, kräftige Grün- und Butterkohl-Mangold-Pflanzen
sowie
abzugeben.
Milsper Straße 99

1 Truthenne und 1 Hahn, 1 indische Lauftenten u. Gänse
zu verkaufen.
Restlinghaus, Kreisweg 42.

Teilzahlung
Herren-Anzüge
Burschen-Anzüge
Covercoats
Gummimäntel
Kinder-Anzüge
Herren- und Damenstoffe
Nessel
Slamosen
Gardinen
Volle
Neu eingetroffen: Damen-Konfektion.
H. Seidemann
Hagen i. W.
Altenhagener Brücke 3.
Bequeme Abzahlung.

1 Oberschrank,
passend f. Aurichten-Aufsatz, fast neu, zu verkaufen.
Fritz Konze, Hagener Str. 91.

Zu verkaufen:
4 ostfries. Milchschafe
4 Lämmer
Schafböcke und junge Schweine
100 Ztr. Stroh.
Rittergut Rochholz Gevelsberg.

Gute Milchkuh,
wegen Futtermangel preiswert abzugeben. Näheres Hohlinghauser Str. 241.



Freiwillige Feuerwehr Gevelsberg.
Samstag, den 11. Juni, abends 7 Uhr, am Gerätehause:
Uebung
der ganzen Wehr, einschließl. der Ordnungsmannschaften.
Anzug: Drillichrock.
Anschließend an diese Uebung findet um 8½ Uhr abends im Vereinslokal eine
General-Versammlung
statt.
Tagesordnung wird bekannt gegeben.
Es wird dringend um pünkt- und vollzähliges Erscheinen gebeten.
Das Kommando.

Werkmeister-Bezirks-Verein Gevelsberg.
Die
Monats-Versammlung
findet nicht am 11. Juni sondern am
18. Juni
statt.
Der Vorstand.

Güter-Verkauf. (Nr. Schwelm.)
1 Wohnhaus mit Stall und Land, 1 Wohnhaus mit Inventar, Stall und Land, 1 Gut, 10 Morgen, teb. u. tot. Inventar, 1 Gut, 38 Morgen, teb. u. tot. Inventar.
G. Aug. Ebbinghaus, Milspe.

1 Milchschaf mit 2 Lämmern
zu verkaufen.
Obercbraken 7.

Warnung.
Hierdurch warne ich jedermann vor dem Betreten meiner eingefriedigt. Grundstücke unterhalb des oberen Kirchhofs. Zuwiderhandelnde werden zur Anzeige gebracht.
Theodor Tilemann

Bad-Nauheim
Hervorragende Heilerfolge bei Herzkrankheiten, beginnender Arteriosklerose, Muskel- und Gelenkrheumatismus, Ischias, Rückenmarks-, Frauen- und Nervenleiden.
Sämtliche neuzeitliche Kurmittel.
Vorzügliche Konzerte / Theater / Tennis / Golf / Krocket
Wurftaubenschießstand / Herrl. Park- u. Waldspaziergänge.
Schöner angenehmer Erholungsaufenthalt.
Hessisches Staatsbad — am Taunus bei Frankfurt am Main — Sommer- und Winter-Kurbetrieb.
Man fordere die neueste Auskunftsschrift B 127 von der Bad- und Kurverwaltung Bad-Nauheim.